

Beschlußempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
(16. Ausschuß)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Vera Lengsfeld, Gila Altmann (Aurich),
Steffi Lemke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/5199 –**

Ökosystem Watt vor Dauerbelastung schützen

A. Problem

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung u. a. aufgefordert werden, zum Schutz des Ökosystems Nordsee unter Einschluß des Wattenmeeres möglichst schnell die Beschlüsse der Nordseeschutzkonferenzen umzusetzen. Die Nährstoff- und Schadstoffeinträge in dieses Meer seien drastisch zu reduzieren.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags.

Mehrheitsentscheidung

Der Ausschuß ist mehrheitlich der Auffassung, die Bundesregierung habe mit Nachdruck auf eine Reduzierung des Nährstoff- und Schadstoffeintrages in die Nordsee hingewirkt. Mit Ausnahme von Stickstoff seien bei allen Nähr- und Schadstoffen die international vereinbarten Reduktionsziele erreicht worden. Von daher sei eine erneute Aufforderung an die Bundesregierung, die Beschlüsse der Nordseeschutzkonferenzen umzusetzen, unnötig.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 13/5199 abzulehnen.

Bonn, den 8. Oktober 1997

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Hans Peter Schmitz (Baesweiler)
Vorsitzender

Kurt-Dieter Grill
Berichtersteller

Ulrike Mehl
Berichterstellerin

Ulrike Höfken
Berichterstellerin

Günther Bredehorn
Berichtersteller

Bericht der Abgeordneten Kurt-Dieter Grill, Ulrike Mehl, Ulrike Höfken und Günther Bredehorn

I.

Der Antrag auf Drucksache 13/5199 wurde in der 178. Sitzung des Deutschen Bundestages am 5. Juni 1997 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie zur Mitberatung an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, den Ausschuß für Verkehr und den Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus überwiesen.

Die mitberatenden Ausschüsse haben den Antrag jeweils mehrheitlich abgelehnt.

II.

In dem Antrag auf Drucksache 13/5199 aus dem Jahre 1996 wird zunächst auf die zu diesem Zeitpunkt aufgetretenen schwarz verfärbten Stellen auf ca. 10 bis 20 % der Gesamtfläche des Wattenmeeres in Niedersachsen hingewiesen. Ursache dafür sei die jahrzehntelange Überfrachtung der Nordsee mit Nähr- und Schadstoffen, vor allem aus Landwirtschaft, Verkehr und Abwässern.

Die Bundesregierung soll deshalb aufgefordert werden, die Beschlüsse der Nordseeschutzkonferenzen schnellstmöglich umzusetzen. Die Nährstoff- und Schadstoffeinträge in dieses Meer seien drastisch zu reduzieren. Dies erfordere nicht nur die breite Einführung einer ökologischen Landwirtschaft, sondern auch die Einleitung einer Verkehrswende mit dem Ziel, die Emissionen von Schadstoffen in diesem Sektor drastisch zu vermindern. Weiter müsse die Einleitung gefährlicher Stoffe ins Meer auf allen Pfaden verhindert und die Plünderung der Nordsee durch Fischerei beendet werden.

III.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat den Antrag in seiner 61. Sitzung am 8. Oktober 1997 beraten.

Vom Vertreter der Bundesregierung wurde vorgetragen, schwarze Flecken – also abgestorbene biologische Masse – im Wattenmeer seien vereinzelt auch schon in früheren Jahren und Jahrzehnten beobachtet worden, wenn auch nicht in dem Ausmaß wie im Jahre 1996. Die Grundursache für die Bildung von schwarzen Flecken liege im dauerhaften Nährstoffeintrag und der dadurch erzeugten Zufuhr und Produktion von organischem Material. Zusätzliche Faktoren für das Auftreten im Jahre 1996 seien u.a. der ausgeprägte Eiswinter des Jahres 1995/96, der warme Sommer des Jahres 1996 und eine extreme Blüte einer sehr stark fetthaltigen Kieselalge gewesen.

Die Bundesregierung habe bereits vor dem bisher in dieser Form einmaligen Ereignis im Jahre 1996 die notwendigen Schritte zur Verbesserung des ökologischen Zustandes der Nordsee bzw. des Wattenmeeres ergriffen. Beispiele dafür seien im Bereich der Landwirtschaft Maßnahmen zur Reduzierung des Stoffeintrages durch die verbesserte Förderung von Extensivierungsmaßnahmen und die im Jahre 1996 in Kraft getretene Düngeverordnung. Innerhalb der Internationalen See-Schiffahrts-Organisation (IMO) hätten Initiativen der Bundesregierung zur Verbesserung der Umweltbestimmungen bei der Schifffahrt geführt. Schließlich habe man im Bereich Verkehr zahlreiche Strategien zur Vermeidung bzw. Reduzierung der vom Verkehr erzeugten Schadstoffbelastungen ergriffen. Dies alles habe dazu geführt, daß man bis auf Stickstoff bei allen Schadstoffen die international vereinbarten Reduktionsziele erreicht habe. Auch dort sei man aber auf gutem Wege.

Von seiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde ausgeführt, es sei richtig, daß es beim Zusammentreffen besonderer klimatischer Situationen verstärkt zu Störungen der Gleichgewichtssituation im Wattenmeer komme. Ursächlich für die schwarzen Flecken seien aber die zu hohen Nährstoff- und Schadstoffeinträge ins Meer. Deshalb fordere man, die Beschlüsse der Nordseeschutzkonferenzen von 1987 und 1990 konsequent umzusetzen. Dies bedeute u.a., die Einträge von Stickstoff und 35 weiteren Schadstoffen um die Hälfte zu reduzieren. Es sei seit den Konferenzen zwar zu einer Verbesserung der Situation gekommen, gerade bei den von der Landwirtschaft ausgehenden Belastungen sei dies aber nicht ausreichend. Die Düngeverordnung sei beispielsweise restriktiver auszugestalten. Die Tierhaltung sei an die Fläche zu binden, und es müsse ein Pestizidreduktionsprogramm aufgestellt werden. Im Bereich Fischerei müsse es ein Moratorium für den Fang gefährdeter und stark dezimierter Fischbestände geben. In allen Nordseehäfen sei darüber hinaus eine kostenlose Ölentsorgung anzubieten.

Von seiten der Fraktion der SPD wurde festgestellt, man unterstütze den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, auch wenn man es für schwierig halte, die Gesamtheit des geforderten Maßnahmenpektrums in einem Diskussionsprozeß abzuarbeiten.

Von seiten der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. wurde darauf hingewiesen, die Bundesregierung habe die zur Verringerung der Schadstoffbelastung der Nordsee bzw. des Wattenmeeres notwendigen Maßnahmen ressortübergreifend ergriffen bzw. beschlossen. Ein Teil der im Antrag aufgelisteten Forderungen gehe zudem über das sachlich notwendige Maß hinaus. Von daher lehne man den Antrag ab.

Der Ausschuß beschloß mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS dem Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 13/5199 abzulehnen.

Bonn, den 11. November 1997

Kurt-Dieter Grill

Berichterstatter

Ulrike Mehl

Berichterstatterin

Ulrike Höfken

Berichterstatterin

Günther Bredehorn

Berichterstatter